

Abg. Krauß bekräftigte, dass allen Berufstätigen ein JobTicket angeboten werden soll. Die Ausführungen im Schreiben des VRS seien nicht zielführend. Die Politik werde sich weiterhin dafür einsetzen, dass die gefassten Beschlüsse eingehalten werden.

Abg. Becker wies darauf hin, dass nicht alles was niederschrieben werde am Ende auch Bestand haben müsse. Er zeigte sich zufrieden mit der Initiative, die gefassten Beschlüsse umzusetzen.

Abg. Tandler verwies auf einen Satz im Schreiben des VRS ...“Zudem wird aktuell aufbauend auf den Erfahrungen aus der Corona-Pandemie an neuen Produkten gearbeitet, so dass Beschäftigten, für die sich durch umfassende HomeOffice-Inanspruchnahme der dauerhafte Bezug von JobTickets nicht mehr lohnen wird, kurzfristig neue Produkte angeboten werden können.“ ...  
Aufgrund des Pandemie bedingten HomeOffice sei der Absatz der JobTickets zurückgegangen; die Preise können nicht mehr gehalten werden.

Abg. Becker schlug folgenden Verfahrensweise vor: Die Vertreter des Kreises arbeiten möglichst gemeinschaftlich an diesem Thema weiter.